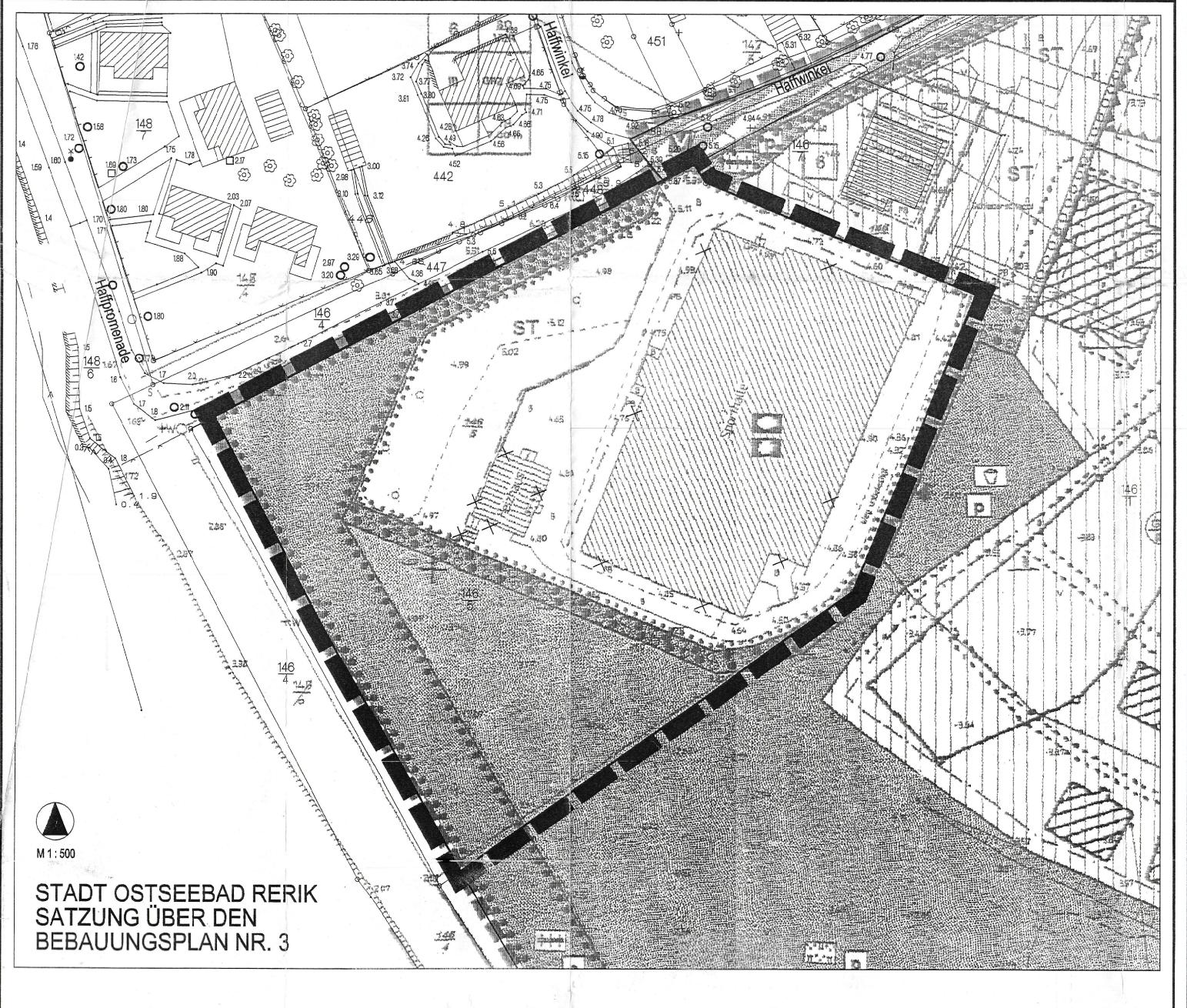
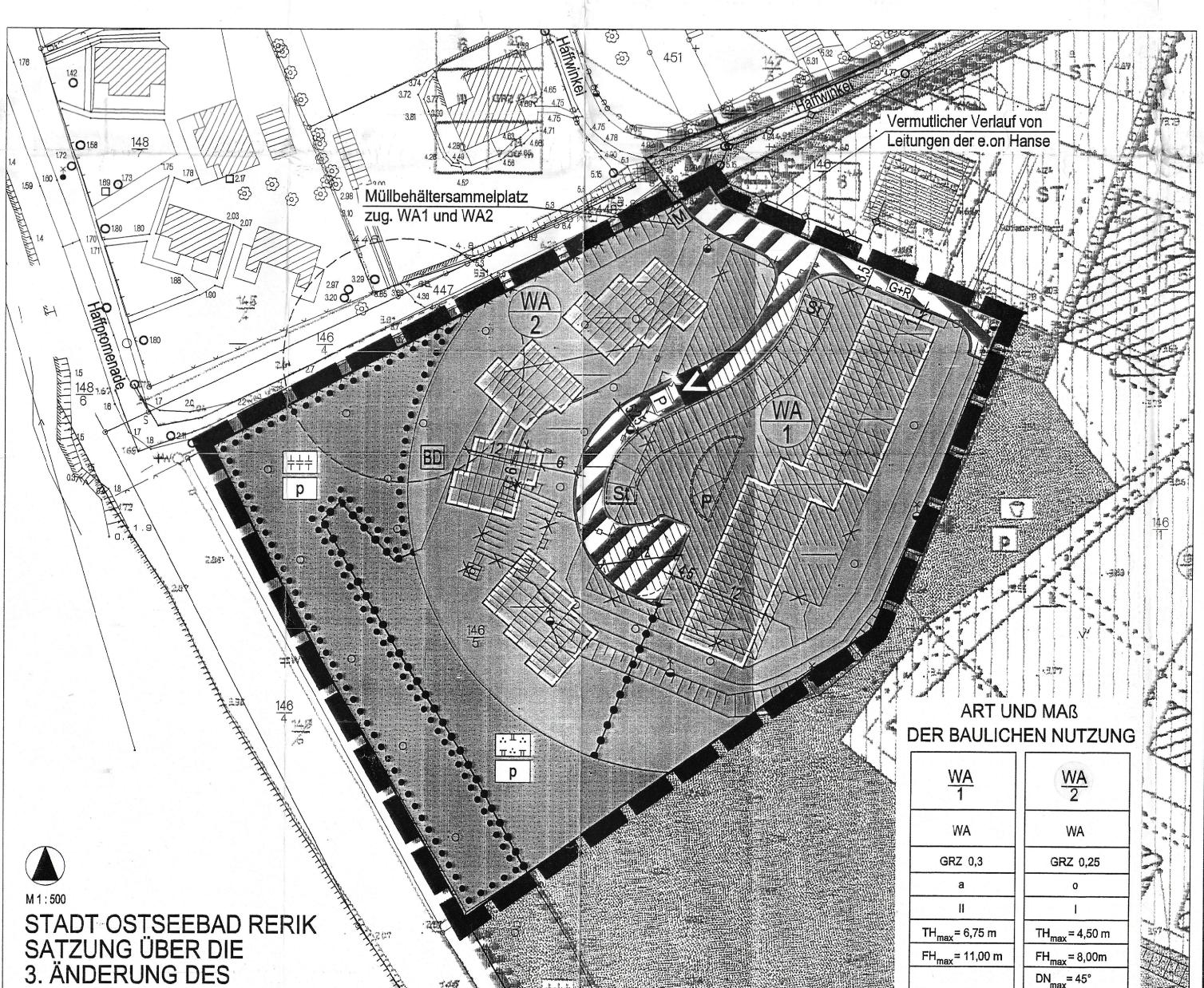
## SATZUNG ÜBER DIE 3. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 3 DER STADT OSTSEEBAD RERIK

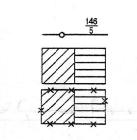




BEBAUUNGSPLANES NR. 3

## ZEICHENERKLÄRUNG DIE FÜR DIE BEBAUUNG VORGESEHENEN FLÄCHEN NACH Par. 9 (1) 1 BauGB DER BESONDEREN ART DER BAULICHEN NUTZUNG Allgemeine Wohngebiete (gem. § 4 BauNVO) MAB DER BAULICHEN NUTZUNG Grundflächenzahl (GRZ), als Höchstmaß Traufhöhe, als Höchstmaß über Bezugspunkt Firsthöhe, als Höchstmaß über Bezugspunkt Abweichende Bauweise Braßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung erkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung, Privatstraße Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung erkehrsberuhigter Bereich HAUPTVERSORGUNGS- UND HAUPTABWASSERLEITUNGEN Par. 9 (6) BauGB unterirdisch, vermutlicher Verlauf von Leitungen Par. 9 (1) 15 BauGB Par. 9 (6) BauGB private Grünfläche naturnahe Parkanlage Eingrünung/Schutzgrün ANPFLANZUNGEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN Par. 9 (1) 25 Baugb BEPFLANZUNGEN SOWIE BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN UND FUR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN SOWIE VON GEWÄSSERN zungen und die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern Par. 9 (6) BauGB und sonstigen Bepflenzungen sowie von Gewässern REGELUNGEN FUR DEN DENKMALSCHUTZ Par. 9 (1) 17 BauGB Par. 9 (6) BauGB Bereich mit Bodendenkmal, Par. 9 (1) 2 BauGB der dem Denkmalschutz unterliegt SONSTIGE PLANZEICHEN Müllbehältersammelplatz Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen z.B. St - Stellplatzenlagen / P - Pavillon Par. 9 (1) 4,22 BauGB St / P Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungs- Par. 9 (7) BauGB enze des räumlichen Geltungsbereiches über die Setzung 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 Stadt Ostseebad Rerik Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugebieten, Par. 1 (4) BauNVO oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Par. 16 (5) BauNVO II. DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER

Flurstücksgrenze, Flurstücksnummer



vorhandene Gebäude künftig entfallende Gebäude

UBER DIE 3. ANDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 3 FUR DAS GEBIET "MUTTER- UND KINDKURKLINIK - AWO SANO"

GEMÄB PAR. 10 BAUGB I. VERB. MIT PAR. 86 LBAUO M-V

vorhandener Zaun Bemaßung in Meter

Kennzeichnung der WA-Gebiete nach If. Nr. Dachneigung maximal 45°

TEIL B - TEXT

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN FUR DIE SATZUNG ÜBER DIE 3. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 3 MUTTER- UND KINDKURKLINIK – AWO SANO DER STADT OSTSEEBAD RERIK

I. ART DER BAULICHEN NUTZUNG

Innerhalb des Bebauungsgebietes sind innerhalb der Gebiete WA 1 und WA 2 von den nach § 4 Abs. 3 ausnahmsweise zulässigen Nutzungen, die nach Nr. 2, sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, nach Nr. 4, Gartenbaubetriebe, nach Nr. 5, Tankstellen, gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO

2. BAUWEISE UND ÜBERBAUBARE GRUNDSTUCKSFLÄCHE

Für die Flächen innerhalb des Gebietes WA 1 ist die abweichende Bauweise und innerhalb des Gebietes WA 2 die offene Bauweise zulässig. Im Gebiet WA 1 gelten bei der abweichenden Bauweise die Grenzabstände der offenen Bauweise, Baulängen von mehr als 50 m sind zulässig. Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt. Innerhalb des Gebietes WA 2 ist für jedes der Gebäude der jeweiligen Hausgruppe eine maximale Breite von 6 m und eine maximale Länge von 12 m zulässig.

3. GARAGEN, ÜBERDACHTE STELLPLÄTZE UND NEBENANLAGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BaugB)

Die Errichtung von Garagen ist im Gebiet WA1 nur innerhalb überbaubarer Grundstücksflächen zulässig. Die Errichtung offener und überdachter Stellplätze im Gebiet WA 1 ist nur innerhalb überbaubarer Grundstücksflächen oder innerhalb gesondert dafür umgrenzter Flächen zulässig. Im Gebiet WA 2 sind je Gebäude, das heißt je Gebäude der Hausgruppe, zwei Stellplätze auf dem jeweiligen Grundstück zu errichten.

4. ZAHL DER WOHNUNGEN IN WOHNGEBÄUDEN § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

Die höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden im WA 2 - Gebiet wird mit maximal 2 Wohnungen je abgeschlossener Gebäudeeinheit begrenzt.

Die konstruktive Sockelhöhe darf eine Höhe von 0,50 m über dem Bezugspunkt nicht überschreiten. Der Erdgeschossfußboden darf jedoch auch nicht unter dem Bezugspunkt legen. Das Maß der Sockelhöhe bezieht sich auf den vertikalen Abstand zwischen der Erdgeschossfußbodenoberkante und dem Bezugspunkt. Als unterer Bezugspunkt bei Höhenangaben - Traufhöhe, Firsthöhe - wird die Höhe der Fahrbahnoberfläche der nächstgelegenen Verkehrafläche festgesetzt. Die Traufhöhe ist der Schnittpunkt der verlängerten Außenwand mit der Dachaußenhaut. Die Firsthöhe ist der Schnittpunkt der Dachaußenhautflächen. Ausnahmen von den Festsetzungen zur Höhenlage sind zulässig, wenn ihre Einhaltung zu einer unzumutbaren Härte führen würde. Die Ausnahme von der Höhenfestsetzung darf jedoch nicht zu einer Verletzung der städtebaulichen Grundzüge der Planung führen.

II. FESTSETZUNGEN ÜBER DIE ÄUßERE GESTALTUNG BAULICHER ANLAGEN (§ 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 86 LBauO M-V)

1. BAUKORPERGESTALTUNG

Das Gebäude innerhalb des WA1 - Gebietes ist deutlich zu gliedern. Es sind deutliche Versprünge innerhalb des Gebäudes vorzusehen. Der Verbindungsbau zwischen den beiden Hauptgebäuden ist als transparentes Gebäude zu entwickeln, damit eine Durchsicht und Gliederung des Baukörpers

2. DACHFORM UND DACHDECKUNG

2.1 Die Dachflächen von Gebäuden des Trauftyps sind mit Dachziegeln oder Betondachsteinen in roten bis rotbraunen Farbtönen zu decken. Die Dachflächen von Gebäuden des Giebeltyps sind mit Dachziegeln oder Betondachsteinen in roten bis rotbraunen Farbtönen zu decken.

2.2 Die Dachüberstände an der Traufe dürfen höchstens 30 cm, am Ortgang bei traufständigen Gebäuden mit einer Dachneigung von weniger als 30° höchstens 40 cm, an allen anderen Ge-

2.3 Seitliche Anbauten an Hauptbaukörper, die breiter als 3,00 m sind, müssen die gleiche Dachform, Dachneigung, Firstrichtung und Dachdeckung wie die dazugehörigen Hauptbaukörper haben. 2.4 Freistehende Nebengebäude in von öffentlichen Verkehrsflächen aus einsehbaren Bereichen müssen ein in der Längsrichtung des Gebäudes angeordnetes Satteldach mit einer Mindestdach-Dachpappe zu decken, bei Eingeschossigkeit sind auch begrünte Flachdächer gestattet.

3.1 Dachaufbauten sind Dachgauben, Dachflächenfenster, Firstverglasungen, Anlagen zur Solarenergiegewinnung, Abluftanlagen sowie Antennen.

3.2 Dachgauben sind in den Achsen darunterliegender Fenster oder Wandpfeiler anzuordnen. 3.3 Dachgauben sind als Giebel- oder Schleppgauben zulässig.

3.4 Seitliche Außenflächen von Dachgauben müssen entweder verglast, verbrettert, verputzt oder geschlämmt sein, in Ziegelschichtmauerwerk ausgeführt werden, mit den Dachziegeln des umgebenden Daches oder mit Blech verkleidet sein. Verputzte oder geschlämmte Außenflächen von Dachgauben sind im gleichen Farbton wie die straßenseitige Außenwand zu halten.

3.5 Die Breite von Dachgauben oder Dachflächenfenstern darf die Breite von Fenstern im dar-unterliegenden Geschoss, die nach § 15 Abs. 1 zulässig sind, zuzüglich der für die Gaubenseitenwände notwendigen Konstruktionsbreiten nicht überschreiten, die höchstens zulässige Gesamtbreite

3.6 Die Breite von Dachaufbauten darf insgesamt pro Dachfläche höchstens 30 v. H. der Dachlänge des betrachteten Gebäudes oder Gebäudeteils betragen. Der Abstand von Dachaufbauten muss zum Ortgang hin mindestens ein Sechstel der Dachlänge oder 1,50 m betragen.

3.7 Die Neigung von Firstverglasungen muss der Neigung des Daches entsprechen. Ihre Größe darf je Dachfläche höchstens  $4~{\rm m}^2$  betragen. 3.8 Die Länge der Dachfläche unterhalb von Gauben oder Dachflächenfenstern muss, gemessen

vom Schnittpunkt zwischen Mauerwerksflucht und Dachfläche bis zur Fassade der Gaube oder der Unterkannte des Dachflächenfensters, mindestens 3 Dachsteinreihen oder 90 cm betragen. 3.9 In straßenzugewandten Dachflächen darf die Fläche eines Dachflächenfensters höchstens 1,50 m² betragen. An eingeschossigen Gebäuden ist hier ein, an zweigeschossigen sind hier höchstens zwei Dachflächenfenster zulässig.

3.10 Abluftanlagen mit einem Querschnitt über 400 cm², Anlagen der Solarenergiegewinnung und Antennen dürfen nur auf der straßenabgewandten Seite installiert werden. Parabolantennen dürfen darüber hinaus die Firsthöhe nicht überschreiten.

4. FASSADEN UND FASSADENOFFNUNGEN

4.1 Straßenfassaden sind in jedem Geschoss durch Wandöffnungen zu untergliedern. Der Anteil der geschlossenen Wandfläche der Straßenfassade muss mindestens 50 v. H. betragen. 4.2 Straßenfassaden sind als Lochfassaden auszubilden, an mehrgeschossigen Trauftypen sind im

4.3 Wandöffnungen im Erdgeschoss von Straßenfassaden müssen mindestens 60 cm von Gebäude-

obersten Vollgeschoss auch über die gesamte Fassade durchlaufende Offnungsbänder zulässig.

4.4 Das Regelformat für Öffnungen in Straßenfassaden ist das rechteckige. Einzelne nichtrechteckige Offnungen sind als besonderes Fassadengestaltungselement zulässig. 4.5 In der Fassade müssen vertikale Achsen erkennbar sein, auf sie sich alle Öffnungen beziehen. 5. ZWERCHGIEBELTYP

5.1 Der Zwerchgiebeltyp besteht aus einem Trauftyp als Hauptbaukörper mit straßenseitig ange-5.2 Die Fassadenbreite des Zwerchgiebels ist nicht größer als 40 v. H.

5.3 Zwerchgiebel haben ein symmetrisches Satteldach. Satteldächer haben eine Neigung von

5.4 Die Dachdeckung von Zwerchgiebel entspricht, sofern diese die gleiche Dachform wie der Hauptbaukörper haben, der Dachdeckung des Hauptbaukörpers.

5.5 Der First des Hauptgebäudes überragt den First von Zwerchgiebel. Die Traufe von Zwerchgiebel liegt oberhalb derjenigen des Hauptbaukörpers. 5.6 Die Wandflächen von Zwerchgiebel sind in den gleichen Materialien und Farben wie die Wandflächen der Hauptfassade gestaltet.

5.8 Die Fassade des Zwerchgiebels ist Teil der Gesamtfassade und nicht durch eine durchlaufende

6. ABFALLBEHÄLTER Innerhalb des Geltungsbereiches sind Abfallbehälter auf dem eigenen Grundstück unterzubringen

5.7 Die Fassade des Zwerchgiebels ist symmetrisch durch Offnungen gegliedert.

7. BEFESTIGUNG VON FLÄCHEN AUF DEN GRUNDSTUCKEN

Als Befestigungsarten sind kleinteilige Baustoffe, wie Natursteinpflaster, Betonpflaster oder Pflasterklinker zu verwenden. Zulässig sind auch wassergebundene Decken. Ein wasserundurchlässiger 8. WERBEANLAGEN

Werbeanlagen sind nur als Schilder an dem Gebäude bis zu einer Größe von 0,30 m x 0,60 m zulässig. Es dürfen keine selbstleuchtenden Werbeanlagen verwendet werden. Werbeanlagen mit wechselndem oder filmmerndem Licht sind unzulässig. Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig. Angestrahlte Werbeanlagen sind zulässig. 9. EINFRIEDUNGEN

Einfriedungen der Grundstücke sind als Holzaun mit senkrechter Lattung und als lebende Hecke zulässig. Äusnahmsweise ist zur Einfriedung auch ein Zaun aus Metall zulässig, der jedoch nur mit 10. FESTSETZUNG ZU BUBGELDERN

Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die gestalterischen Festsetzungen verstößt, handelt rechtswidrig im Sinne des § 84 Abs. 1 Nr. 1 LBauO M-V und kann mit Bußgeld geahndet werden.

I. GRUNFLÄCHEN, PFLANZUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN UND MABNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT, ANPFLANZUNGS- UND ERHALTUNGSGEBOTE (§ 9 Abs. 1 Nr. 15, Nr. 25 a und b BauGB)

. ANPFLANZUNGEN VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)

Für Bepflanzungen innerhalb des Plangeltungsbereiches sind vorwiegend heimische und standortgerechte Gehölze folgender Arten und Qualitäten zu verwenden:

Bäume 1. Ordnung als Hochstamm, 3  $\times$  v., Stammumfang 18- 20 cm: · Stiel-Eiche (Quercus robur), Gemeine Esche (Fraxinus excelsior), Weiden (Salix alba, Salix fragilis), Rot-Buche (Fagus sylvatica), Schwarz- Erle (Alnus glutinosa), Berg-Ahorn (Acer pseudoplatanus), Spitz-Ahorn (Acer plantanoides), Linden in Arten und Sorten (Tille)

Bäume 2. Ordnung als Hochstamm, 3 x v., Stammumfang 18- 20 cm:

\* Feld-Ahorn (Acer campestre), Hain- Buche (Carpinus betulus), Eberesche (Sorbus aucuparia), Birke (Betula pendula), Sträucher als Str., 2 x v., 125 - 150 cm:

\* Eingriffliger Weißdorn (Crataegus monogyna), Hasel (Corylus avellana), Schlehe (Prunus spinosa),

Holunder (Sambucus nigra), Roter Hertriegel (Cornus sanguinea), Rote Heckenkirsche (Lonicera xylosteum), Strauchrosen in Arten und Sorten (Rosa) Weiden in Arten und Sorten (Salix), Gewöhnlicher Schneeball (Viburnum opolus), \* Efeu (Hedera helix), Clematis in Arten und Sorten, Echtes Geißblatt (Lonicera caprifolium), Wilder Wein (Parthenocissus quinquefolia), Jungfernrebe (Parthenocissus tricuspidata "Veitchii").

2. BINDUNGEN FUR BEPFLANZUNGEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN SOWIE VON GEWÄSSERN

Die mit Erhaltungsgeboten festgesetzten Gehölzbestände sind dauerhaft zu erhalten und bei Abgang mit standortheimischen Gehölzen gemäß Pflanzliste unter III.1 nachzupflanzen.

(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB) 3.1 Die mit der Zweckbestimmung "Naturnahe Parkanlage" festgesetzte private Grünflächen ist als extensive Wiesenflächen anzulegen, die mit Großbäumen zu überstellen ist. Die Anlage von Gehölzflächen und Wanderwegen ist zulässig. Für die Bepflanzung sind vorwiegend standortheimische Gehölze gemäß Pflanzliste unter III.1 zu verwenden.

3.2 Die private Grünfläche mit der Zweckbestimmung 'Eingrünung/Schutzgrün' ist als heckenartige Bepflanzung anzulegen bzw. dauerhaft zu erhalten. Bei Abgang von Gehölzen sind standortheimische Bäume und Sträucher gemäß Pflanzliste unter III.1 nachzupflanzen.

3.3 Innerhalb der festgesetzten privaten Grünflächen ist die Errichtung baulicher Anlagen, wie z.B. Gartengerätehäuser, Pavillons, Zäune, sowie Ablagerungenjeglicher Art unzulässig.

. NACHRICHTLICHE UBERNAHMEN UND HINWEISE

1. UMGANG MIT VORHANDENEN BODENDENKMALEN

Innerhalb des Plangebietes sind Bodendenkmale bekannt. Es handelt sich dabei um Bereiche, in denen sich Bodendenkmale befinden, deren Veränderung oder Beseitigung nach § 7 DSchG M-V genehmigt werden kann, sofern vor Beginn jeglicher Erdarbeiten die fachgerechte Bergung und Dokumentation dieser Bodendenkmale sichergestellt wird. Alle durch diese Maßnahmen anfallenden Kosten hat der Verursacher des Eingriffes zu tragen (§ 6 Abs. 5 DSchG M-V, GVBI M-V Nr. 1 vom 14.01.1998, S. 12 ff.) Über die in Aussicht genommen Maßnahmen zur Bergung und Dokumentation der Bodendenkmale ist das Landesamt für Bodendenkmalpflege rechtzeitig vor Beginn der Erdarbeiten zu unterrichten. Die zu erteilenden Genehmigungen sind an die Erhaltung dieser Be-

2. VERHALTEN BEI BODENDENKMALFUNDEN

Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmele im Lande Mecklenburg-Vorpommern (Denkmelschutzgesetz - DSchG M-V, GVBI. M-V Nr. 1 vom 14.01.1998, S 12 ff) die zuständige untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern des Landesamtes für Bodendenkmalpflege oder dessen Vertreter in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

3. ANZEIGE DES BAUBEGINNS BEI ERDARBEITEN

Der Beginn der Erdarbeiten ist der unteren Denkmalschutzbehörde und dem Landesamt für Bodendenkmalpflege spätestens zwei Wochen vor Termin schriftlich und verbindlich mitzuteilen, um zu gewährleisten, dass Mitarbeiter oder Beauftragte des Landesamtes für Bodendenkmalpflege bei den Erdarbeiten zugegen sein können und eventuell auftretende Funde gemäß § 11 DSchG Mecklenburg-Vorpommern unverzüglich bergen und dokumentieren. Dadurch werden Verzögerungen der Baumaßnahmen vermieden (vgl. § 11 Abs. 3 DSchG M-V).

4. VERHALTENSWEISE BEI UNNATURLICHEN VERFÄRBUNGEN bzw. GERÜCHEN DES BODENS Für das Plangebiet liegen keine Informationen hinsichtlich eines Altlastenverdachts vor. Sollten während der Erdarbeiten Auffälligkeiten, wie unnatürliche Verfärbungen bzw. Gerüche des Bodens

auftreten, ist der Landrat als zuständige Behörde zu informieren. Der Grundstücksbesitzer ist als

Abfallbesitzer nech \$\$ 10 und 11 Krw-/AbfG zur ordnungsgemäßen Entsorgung belesteten

5. MUNITIONSFUNDE

Für das Plangebiet liegen keine Informationen hinsichtlich eines Altlastenverdachts vor. Werden bei Erdarbeiten Kampfmittel gefunden, ohne dass der Munitionsbergungsdienst eingeschaltet war, ist umgehend die örtliche Ordnungsbehörde oder die zuständige Polizeidienststelle und der Munitionsbergungsdienst Mecklenburg-Vorpommern zu benachrichtigen.

6. HINWEIS ZU BELEUCHTUNGSANLAGEN UND LEUCHTREKLAMEN IN VERBINDUNG MIT SCHIFF-FAHRTSZEICHEN

Bei der Bebauung ist darauf zu achten, dass keine Lichter bzw. Beleuchtungsanlagen errichtet werden, die die Schifffahrt stören, zu Verwechslungen mit Schifffahrtszeichen Anlass geben oder die Schiffführer durch Blendeinwirkungen oder Spiegelungen irreführen. Von der Wasserstraße aus sollen ferner weder rote, gelbe, grüne, blaue, noch mit Natriumdampflampen direkt leuchtende oder indirekt beleuchtete Flächen sichtbar sein. Geplante Beleuchtungsanlagen oder Leuchtreklamen, die von der Wasserstraße aus sichtbar sind, sind dem Wasser- und Schifffahrtsamt Lübeck früh-

7. BUNDESBODENSCHUTZGESETZ

Werden schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) festgestellt, sind mit der zuständigen Behörde, Staatliches Amt für Umwelt und Natur Schwerin, gemäß § 13 BBodSchG die notwendigen Maßnahmen abzustimmen (Sanierungsuntersuchung, Sanierungsplanung, Sanierung bzw. Sicherung). Bei der Erfüllung dieser Pflichten ist die planungsrechtlich zulässige Nutzung der Grundstücke und das sich daraus ergebende Schutzbedürfnis zu beachten, soweit dieses mit den Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 BBodSchG zu vereinbaren st. Für jede Maßnahme, die auf den Boden einwirkt, ist Vorsorge zu tragen, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden. Bodeneinwirkungen sind zu vermeiden bzw. zu vermindern, soweit des im Rahmen der Baumaßnahmen verhältnismäßig ist. Bei der Sicherung von schädlichen Bodenveränderungen ist zu gewährleisten, dass durch die verbleibenden Schadstoffe angfristig keine Gefahr oder erhebliche, nachteilige Belastung für den Einzelnen oder für die Allgemeinheit entsteht. Im Falle einer Sanierung ist Sorge zu tragen, dass die Vorbelastung des Bodens bzw. die Altlast soweit entfernt werden, dass die für den jeweiligen Standort zulässige Nutzungsmöglichkeit wieder hergestellt wird. Diese Hinweise werden allgemeingültig dargestellt, da bisher für den Standort keine Altlasten bekannt sind. Es handelt sich lediglich um einen vorsorglichen

8. ABFALL UND KREISLAUFWIRTSCHAFT

Alle Baumaßnahmen sind vorzubereiten und durchzuführen, dass von den Baustellen als auch von den fertiggestellten Objekten eine vollständige und geordnete Abfallentsorgung entsprechend der Abfallsatzung des Landkreises erfolgen kann. Unbelastete Bauabfälle dürfen gemäß § 18 AbfAlG M-V nicht auf Deponien abgelagert werden. Sie sind wieder zu verwerten. Abfälle (verunreinigter Erdaushub bzw. Bauschutt), die nicht verwertet werden können, sind entsprechend SS 10 und 11 KrW-/AbfG durch einen zugelassenen Beförderer in einer Abfallbeseitigungsanlage zu entsorgen. 9. VER- UND ENTSORGUNGSLEITUNGEN

Die Belange der Ver- und Entsorgung sind innerhalb des Plangebietes hinreichend zu berücksichtigen. Sowohl der vorhandene Leitungsbestand innerhalb und außerhalb des Plangebietes ist bei Ausführung von Bauarbeiten entsprechend zu berücksichtigen. Die Anforderungen der Verund Entsorger sind im Rahmen der technischen Planung sorgfältig abzuprüfen.

## VERFAHRENSVERMERKE

Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Stadtvertretung vom 27.05.2004 Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Aushang vom 21.07.0 bis 19.07.04 erfolgt. Rerik, den 09.11.05 2. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach Rang at Abs.

Rerik, den 09.11.05 3. Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist beteiligt v

Rerik, den 09.14.05 4. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom *US*.03.0 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden. Rerik, den 09.11, 05

5. Die Stadtvertretung hat am 16.12 Geden Entwurf der 3. Anderung des Bebauungsplanes Nr. 1 mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt. Rerik, den 09.11.05

6. Der Entwurf der 3. Anderung des Bebauungsplanes Nr. 3, bestehend aus der Planzeichnung

21.03.05 während der Dienststunden nach Par. 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

(Teil A) und dem Text (Teil B) sowie die Begründung haben in der Zeit vom 28.02.05 bis zum

Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Bedenken und Anregungen während der Aus-

legungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, durch Aushang vom 09.02.05 bis zum 10.3 0.51 ortsüblich bekanntgemacht worden. Rerik, den 09 11.05

. Der katastermäßige Bestand am ...02.08.2005... wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgt, da die rechtsverbindliche Flurkarte im Maßstab 1: 1000 vorliegt Regressansprüche können nichtabgeleitet werden.

Kuehlungsborn den 08.09.2006

8. Die Stadtvertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnehmen der Träger öffentlicher Belange am 22.05... geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden Rerik, den 09 11. 05

9. Die 3. Anderung des Bebauungsplanes Nr. 3, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem

Die Begründung der 3. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 3 wurde mit Beschluss der Stadtvertretung vom 22.09.05 gebilligt Rerik, den 09.11.05

Text (Teil B), wurde am 22.9.05 von der Stadtvertretung als Satzung beschlossen.

10. Die Genehmigung der 3. Änderung dieser Bebauungsplansatzung, bestehend (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde durch Verfügung des Landkreises 3000 Doberan vom US-12-05 Az:11/61/2/010 13051062 mit Nebenbe stimmungen und Hinweisen erteilt.

Rerik, den 27.01.06

11. Die Nebenbestimmungen wurden durch den setzungsändernden Beschluss der Stadtvertretung vem ....... erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Das wurde mit Verfügung des Ministeriums Arbeit,

12. Die Bebauungsplansatzung bestehen aus dem Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wird hiermit ausgefertigt.

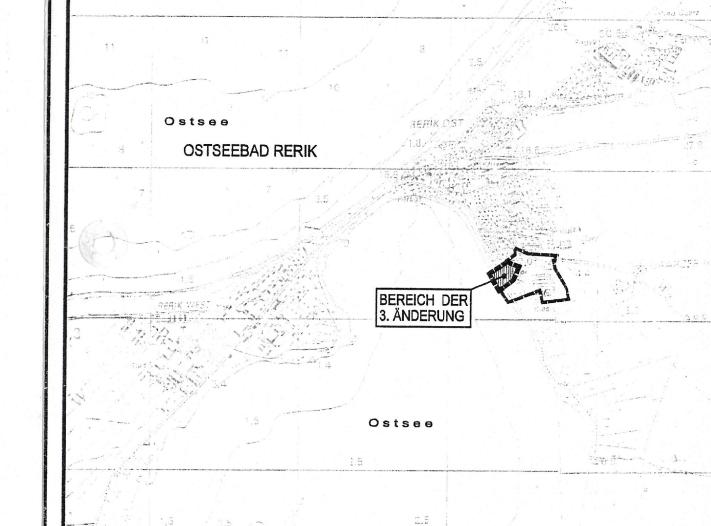
Rerik, den 27.01.06 3. Die Erteilung der Genehmigung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und

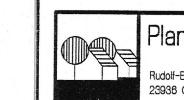
über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 220106 in Mitteilungsblatt ertsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen Par. 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeiten und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (Par. 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist mit Ablauf des Tages der Bekanntmachung am 23.02.06 in Kraft getreten.

## SATZUNG

ÜBER DIE 3. ÄNDERUNG ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 3 DER STADT OSTSEEPAD RERIK

Mutter- und Kindkurklinik - AWO SANO





Planungsburo Mahnel udolf-Breitscheid-Straße 11 Tel. 03881/7105-0 3936 Grevesmühlen Fax 03881/7105-5

LK Bad Doberen/Stadt Ostseebad Rerik/B 3/3. Anderung/Stand SATZUNG 22.09.0

Planungsstand: 22. September 2005